

Erste Erfahrungen mit der neuen Schweigepflichtentbindungserklärung

Forum 2

Dr.Christian Kirsch und Fiknet Veseli

München, 12. Juni 2013



Agenda

- 1.) Historie & Hintergrund
- 2.) Inhalt der neuen Einwilligungs- und
Schweigepflichtentbindungsklauseln
- 3.) Herausforderungen bei der Umsetzung der
neuen Schweigepflichtentbindungsklauseln
- 4.) Erste Erfahrungen in der Praxis

1.) Historie & Hintergrund



2005

Kritik der Datenschutzaufsichtsbehörden (DSAB) an

- Datenschutzeinwilligungsklausel (mit Merkblatt) von 1994
- den Schweigepflichtentbindungsklauseln

2005 – 2006:

Verhandlungen mit den Datenschutzaufsichtsbehörden und der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) ohne Einigung

2006

23. Oktober 2006: Beschluss des Bundesverfassungsgerichts
Pauschale Schweigepflichtentbindung ohne Alternative nicht zulässig

2007

Verabschiedung § 213 VVG: Erhebung
personenbezogener Gesundheitsdaten bei
Dritten nur mit Einwilligung (Inkrafttreten am
01.01.2008)

Sommer 2007: Konsens mit den Datenschutzaufsichtsbehörden und der
Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) über die Erarbeitung eines
branchenweiten Codes of Conduct (CoC; Verhaltensrichtlinie nach § 38 a BDSG)
ergänzt durch Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungsklauseln

2008

ab Herbst 2007 bis Ende 2008: verfasst Arbeitsgruppe der Versicherungswirtschaft

- Code of Conduct
- Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungsklauseln
- Werbeeinwilligungsklausel

2009

2010

bis Dez. 2010:
Verhandlungen mit DSAB zu Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungsklauseln

2011

Mai 2011: Billigung durch den "Düsseldorfer Kreis" der Datenschutzaufsichtsbehörden
08.06.2011: Info des GDV in Berlin

2012

17. Januar 2012: Finale Zustimmung der Datenschutzbehörden zur Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungsklausel für die
Datenverarbeitung in der Lebens- und Krankenversicherung

2013

20.01.2012: Freigabe durch den GDV und Aufforderung an die Versicherungsunternehmen, die bisherigen Einwilligungstexte zeitnah
durch neue zu ersetzen

2.) Inhalt der neuen Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungsklauseln



- Rechtsgrundlage für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung **von Gesundheitsdaten und weiterer nach § 203 StGB geschützter Privatgeheimnisse**
 - > durch Einwilligung gemäß § 4, 4 a BDSG
 - > durch Schweigepflichtentbindung bei Datenerhebung bei Dritten oder Weitergabe an Dritte
- Regelung für den **Todesfall der VP**, Datenweitergabe an **Rückversicherer** und **HIS**, Weitergabe von Gesundheitsdaten an **Vermittler**
- Abgabe der Erklärung **auch für Kinder** und andere gesetzlich vertretene Personen
- **Bausteinprinzip**
 - > nicht benötigte Teile können herausgenommen werden
 - > trotzdem im Vergleich zur alten SEE sehr umfangreich und mit genauesten Vorgaben
 - > ausführliche Erläuterung vor jeder Erklärung (Transparenz)
- der Kunde muss aktiv mittels **Unterschrift** der SEE zustimmen
- **Freiwilligkeit**, aber ohne Unterschrift wird der Abschluss des Vertrages in der Regel nicht möglich sein

Wirkung im Unternehmen

- Entscheidung über die Form der Schweigepflichtentbindung
 - > Pauschale oder nur individuelle Schweigepflichtentbindung
 - > Ankreuzfelder im Falle des Todes
 - > Unterschriftenfeld
 - > Eigenes Formular oder als Ergänzung zur Gesundheitserklärung?
- Geschäftsprozesse überprüfen und ggf. anpassen (Projektarbeit)
 - > zusätzliche Kennzeichen zur Dokumentation von Kundenentscheidungen (z.B. Widersprüche)
 - > Erstellung aktuelle Liste mit Dienstleistern, die Gesundheitsdaten verarbeiten
- Planung IT-Aufwände
- Weitere Aufwände durch Schulung des Innen- und Außendienstes des VU
- Hohe Aufwände durch Auferlegung einer Informationspflicht der Bestandskunden

3.) Herausforderungen bei der Umsetzung

- Anpassung Formulare, Briefe, Flyer
- Anpassung Intranet und Internetauftritt
- Schulung in Zusammenarbeit mit dem Datenschutz des Innendienstes
- Aufklärungsarbeit in Zusammenarbeit mit dem Datenschutz des Außendienstes
- FAQ für Kundenservice, Fachbereiche

Wirkung auf Externe

- Umfangreichere Antragsdruckstücke – Akzeptanz des Kunden / Vertriebs
- Längere Risikoprüfungszeiten durch erhöhte Korrespondenz / Wartezeit bei Individualermächtigungen in der Risikoprüfung
- Erhöhung des Schriftverkehrs mit dem Kunden durch Informationspflichten (z.B. bei Vorlage der Antragsunterlagen zur Risikoprüfung beim Rückversicherer)



Beispiel ERGO Lebensversicherung AG: Erstellung einer



-Liste für den Innendienst (Auszüge)

Neue Schweigepflichtentbindungserklärung (SEE): FAQ-Liste	
Fragestellung/Aussage des Anrufers	Antwort
Wozu dient die neue SEE?	Die neue SEE soll den Versicherten mehr Transparenz über Erhebung, Verarbeitung und Nutzung seiner Gesundheitsdaten verschaffen.
Was war vor dem 1.1.2013? Wie sind sie davor mit meinen Gesundheitsdaten umgegangen?	Ihre Gesundheitsdaten waren und sind auch künftig bei uns sicher. Unsere Mitarbeiter erhalten nur Berechtigungen, die zur Erledigung der übertragenen Aufgaben erforderlich sind. Alle Mitarbeiter sind verpflichtet, das Datengeheimnis nach Paragraph 5 Bundesdatenschutzgesetz einzuhalten. Danach ist ihnen untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu erheben, zu verarbeiten, bekannt zu geben, zugänglich zu machen, zu veröffentlichen oder sonst zu nutzen. Diese Verpflichtung besteht auch nach einer Beendigung der Tätigkeit für die Gesellschaft fort.
Was meinen Sie mit Gesundheitsdaten?	Eine feste Definition für Gesundheitsdaten gibt es nicht. Nach allgemeinem Verständnis zählen hierzu - alle Angaben über die Gesundheit und - alle Hinweise zu körperlichen und geistigen Zuständen des Betroffenen in der Vergangenheit und der Gegenwart. Ebenso gehören dazu - erhobene Befunde, - Diagnosen, - durchgeführte oder empfohlene Therapien sowie - medizinische Bewertungen durch Ihren behandelnden Arzt/Therapeuten
Was steht im § 203 Strafgesetzbuch (StGB), welche Daten sind geschützt?	Im § 203 StGB wird der Umgang mit Privatgeheimnissen behandelt und deren Verletzung unter Strafe gestellt. Zu den Privatgeheimnissen gehören auch Gesundheitsdaten, deren Erhebung und Speicherung im Rahmen einer privaten Lebens- bzw. BU-Versicherung üblich ist.
Was hat es mit der „Erklärung für den Fall des Todes“ auf sich? Muss man unbedingt ein Kreuz setzen?	Das neue Ankreuzfeld "für den Fall meines Todes" wurde mit in die neue SEE aufgenommen, weil es eine klare Vorgabe der Aufsichtsbehörden war. Wird das Ankreuzfeld nicht angekreuzt, würde bei einer gerichtlichen Prüfung entweder eine andere Willenserklärung herangezogen (z.B. Testament) oder bei Fehlen einer solchen auf den mutmaßlichen Willen des Betroffenen abgestellt. Bei Anbieten einer echten Wahlmöglichkeit und einem vorliegenden Kreuz erscheint der Bestand der Erklärungen vor Gericht als wahrscheinlicher, sodass die Bezugnahme auf den mutmaßlichen Willen in einem möglichen Zivilprozess nicht nötig erscheint. Das bedeutet, wenn der Kunde nichts ankreuzen würde (bzw. nichts zum Ankreuzen hat), käme es im Todesfall auf eine Auslegung des mutmaßlichen Willens an. Dies erschwert nicht wesentlich eine schnelle und fundierte Leistungsprüfung, welche im Sinne des Verstorbenen ist. Wenn das Ankreuzfeld nicht angekreuzt würde, bedeutet es jedoch nicht, dass der Vertrag nicht zustande kommt.

[illegible]



Rückseite (SEE)

- Einführung der neuen Klauseln zum 01.01.2013 umgesetzt
- Abhängigkeit zum Code of Conduct (CoC)
 - > CoC wurde im Dezember 2012 durch Datenschutzaufsichtsbehörden genehmigt
 - > mit Umsetzung der neuen Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungsklauseln entfällt die alte Einwilligungsklausel mit Merkblatt zur Datenverarbeitung sofort
- Neuen Klauseln informieren nun ausreichend transparent über die jeweiligen Datenerhebungen und Weitergabe an Dritte
- „Gütesiegel“ der Datenschutzbehörden verwendbar gegenüber den Kunden
- Information des Bestandes mit Vertragspost erfolgt per Flyer

4.) Erste Erfahrungen in der Praxis



Eine Änderung im Kundenverhalten bezüglich Abgabe der pauschalen SEE ist nicht zu verzeichnen. Das Ankreuzfeld im Falle des Todes wurde nur wenig genutzt, hier ist ggf. noch weitere Aufklärungsarbeit notwendig.

 <p>Schweigepflichtentbindung</p> <p>(Bitte entscheiden Sie sich für eine der beiden Möglichkeiten!)</p>	<p>Möglichkeit I:</p> <p><input type="checkbox"/> Ich willige ein, dass die ERGO Lebensversicherung AG/ERGO Versicherungs AG – soweit es für die Risikobewertung oder für die Leistungsfallprüfung erforderlich ist – meine Gesundheitsdaten bei Ärzten, Pflegepersonen sowie bei Bediensteten von Krankenhäusern, sonstigen Krankenanstalten, Pflegeheimen, Personenversicherern, gesetzlichen Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Behörden erhebt und für diese Zwecke verwendet.</p> <p>Ich befreie die genannten Personen und Mitarbeiter der genannten Einrichtungen von ihrer Schweigepflicht, soweit meine zuverlässigweise gespeicherten Gesundheitsdaten aus Untersuchungen, Beratungen, Behandlungen sowie Versicherungsanträgen und -verträgen aus einem Zeitraum von bis zu zehn Jahren vor Anfrage-/Antragstellung an die ERGO Lebensversicherung AG/ERGO Versicherungs AG übermittelt werden.</p> <p>Ich bin darüber hinaus damit einverstanden, dass in diesem Zusammenhang – soweit erforderlich – meine Gesundheitsdaten durch die ERGO Lebensversicherung AG/ERGO Versicherungs AG an diese Stellen weitergegeben werden und befreie auch insoweit die für die ERGO Lebensversicherung AG/ERGO Versicherungs AG tätigen Personen von ihrer Schweigepflicht. Ich werde vor jeder Datenerhebung nach den vorstehenden Absätzen unterrichtet, von wem und zu welchem Zweck die Daten erhoben werden sollen, und ich werde darauf hingewiesen, dass ich widersprechen und die erforderlichen Unterlagen selbst beibringen kann.</p> <p>Möglichkeit II:</p> <p><input type="checkbox"/> Ich wünsche, dass mich die ERGO Lebensversicherung AG/ERGO Versicherungs AG in jedem Einzelfall informiert, von welchen Personen oder Einrichtungen zu welchem Zweck eine Auskunft benötigt wird. Ich werde dann jeweils entscheiden, ob ich</p> <ul style="list-style-type: none"> • in die Erhebung und Verwendung meiner Gesundheitsdaten durch die ERGO Lebensversicherung AG/ERGO Versicherungs AG einwillige, die genannten Personen oder Einrichtungen sowie deren Mitarbeiter von ihrer Schweigepflicht entbinde und in die Übermittlung meiner Gesundheitsdaten an die ERGO Lebensversicherung AG/ERGO Versicherungs AG einwillige • oder die erforderlichen Unterlagen selbst beibringe. <p>Mir ist bekannt, dass dies zu einer Verzögerung der Anfrage-/Antragbearbeitung oder der Prüfung der Leistungspflicht führen kann. Soweit sich die vorstehenden Erklärungen auf meine Angaben bei Anfrage-/Antragstellung beziehen, gelten sie für einen Zeitraum von fünf Jahren nach Vertragsschluss. Ergeben sich nach Vertragsschluss für die ERGO Lebensversicherung AG/ERGO Versicherungs AG konkrete Anhaltspunkte dafür, dass bei der Anfrage-/Antragstellung vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht wurden und damit die Risikobewertung beeinflusst wurde, gelten die Erklärungen bis zu zehn Jahren nach Vertragsschluss.</p>
	<p>Erklärungen für den Fall Ihres Todes</p> <p>Zur Prüfung der Leistungspflicht kann es auch nach Ihrem Tod erforderlich sein, gesundheitliche Angaben zu prüfen. Eine Prüfung kann auch erforderlich sein, wenn sich bis zu zehn Jahren nach Vertragsschluss für die ERGO Lebensversicherung AG/ERGO Versicherungs AG konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass bei der Anfrage-/Antragstellung unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht wurden und damit die Risikobewertung beeinflusst wurde. Auch dafür bedürfen wir einer Einwilligung und Schweigepflichtentbindung.</p> <p><input type="checkbox"/> Für den Fall meines Todes willige ich in die Erhebung meiner Gesundheitsdaten bei Dritten zur Leistungsprüfung bzw. einer erforderlichen erneuten Antragsprüfung ein wie im ersten Ankreuzfeld beschrieben (siehe oben 2. Möglichkeit I).</p>

Freibrief für die Datenübermittlung oder Gefahr der Strafbarkeit für den behandelnden Arzt?

- Im Bayerischen Ärzteblatt (Ausgabe 1-2/2013) erschien ein einseitiger Bericht über die Schweigepflichtentbindungserklärung.
- Unter anderem enthält der Artikel „Handlungsempfehlungen“, um das Risiko für Ärzte bei der Datenweitergabe an Versicherer zu minimieren.
 - > so die Empfehlung, sich eine individuelle SEE geben zu lassen
- Die neue SEE hat nicht nur bei Versicherern und Kunden für Aufmerksamkeit gesorgt.
- Auch andere Interessengemeinschaften beschäftigen sich mit dem Thema Datenschutz und Schweigepflichtentbindung.

Sind Bedienstete auch Pförtner, Köche etc.? - dies wurde vom Vertrieb hinterfragt

Prüfung einer Formulierung in der Schweigepflichtentbindungserklärung

„Möglichkeit I

*Ich willige ein, dass ERGO meine Gesundheitsdaten bei Ärzten, Pflegepersonen sowie bei **Bediensteten von Krankenhäusern**, sonstigen.....erhebt....“*

Antwort hierzu vom GDV

Ziel bei Erstellung der Klausel war, dass sämtliche Voraussetzungen von § 203 Abs. 1 StGB und § 213 VVG Niederschlag finden.

Alle von § 203 StGB erfassten Stellen, die auch Stellen i.S.v. § 213 Abs. 1 VVG sind, wurden deswegen berücksichtigt.

Da die strafrechtliche Norm auf Personen, die VVG-Norm hingegen - mit Ausnahme von „Arzt“ und „Pflegepersonen“ - auf juristische Personen abstellt, haben wir in der Klausel für diese Stellen den Mittelweg des „Bediensteten“ gewählt.

Es soll verhindert werden, die Datenerhebungspraxis über die gesetzlichen Vorgaben hinaus einzuschränken.

Diese Gefahr bestünde jedoch bei einer zusätzlichen Präzisierung auf bestimmte Stellen. Außerdem wird in dem Klauselbaustein auf die Erforderlichkeit hingewiesen wird, sodass die Erklärung auch aus Sicht der Betroffenen Erhebungen bei Reinigungs- und Küchenpersonal etc. schon nicht erfasst.

4.) Erste Erfahrungen in der Praxis

Praxisprobleme in der Risikoprüfung



Erhebung von Gesundheitsdaten bei nicht ordnungsgemäßer Erteilung der Schweigepflichtentbindungsermächtigung.

- Verwertungsverbot?
- Pflicht zur Annahme des Antrags vs. Vertragsfreiheit
- Code of Conduct?
- Konsequenzen für VU?

Fazit: Kein Vertragszwang. Allenfalls können bei wiederholter Verletzung der Datenschutzbestimmungen durch den VU aufsichtsrechtliche Konsequenzen drohen.

4.) Erste Erfahrungen in der Praxis

Praxisprobleme in der Antragsbearbeitung



A) Im Erlebensfall: Kunde hat kein Kreuz gesetzt

- Antrag muss erneut zum Kunden, da ohne wirksame Einwilligung idR kein Vertragsschluss möglich ist

Praxisproblem: Was, wenn Antrag doch angenommen wurde? Reicht Berufung auf die Auskunftspflicht des VN (§ 31 VVG) aus? Wozu ist der Versicherte im Rahmen seiner Auskunftspflicht verpflichtet?

- Vorschlag: entsprechende Vereinbarung einer vertraglichen Obliegenheit in die AVB mit aufnehmen unter Berücksichtigung der Rspr. des BVerfG (23.10.2006)
- Rettungsanker § 14 VVG Fälligkeit der Versicherungsleistung. Bei Nichterteilung der Einwilligung zur Erhebung personenbezogener Gesundheitsdaten durch den VN oder Widerspruch gegen die Erhebung tritt keine Fälligkeit ein.

B) Im Todesfall: Kunde hat kein Kreuz gesetzt. Kann Antrag angenommen werden?

Bei Verwendung des Musters 1:1

- Empfehlung: Antrag sollte erneut zum Kunden, da nicht sicher, ob das Kreuz „vergessen“ wurde
- Bei Verwendung „nur“ der ersten Ankreuzmöglichkeit
 - Empfehlung: Antrag kann angenommen werden, da entweder auf eine andere Willenserklärung abgestellt wird (z.B. Testament) oder auf den mutmaßlichen Willen



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Und Ihre Erfahrungen?